

Die Nato zerfällt – was nun?

Viele europäische Regierungen sehen in der Nato ihre wichtigste Schutzmacht gegen ein revisionistisches Russland. Doch die Trump-Regierung weckt zunehmend Zweifel an ihrer Bündnistreue. Was kann die EU angesichts dessen tun – und wie ist es um die viel zitierte europäische Souveränität bestellt?

Von WOLFGANG ZELLNER

Nach der Rede von US-Außenminister Marco Rubio auf der Münchener Sicherheitskonferenz zeigten sich viele europäische Regierungschefs erleichtert – hatte Rubio doch trotz der deutlich erkennbaren MAGA-Ideologie zumindest die Kooperation zwischen den USA und Europa betont. Noch stehen rund 100 000 US-Soldaten in Europa, die regelmäßig mit ihren europäischen Verbündeten üben. Die Europäer kaufen einen erheblichen Teil ihrer Waffen in den USA, auch für die Ukraine. Und in der »US National Defense Strategy 2026« lesen wir: »Das Ministerium wird Anreize schaffen und die Nato-Verbündeten in die Lage versetzen, die Hauptverantwortung für die konventionelle Verteidigung Europas zu übernehmen, wobei die USA weiterhin eine wichtige, aber begrenztere Rolle spielen werden.«¹ Ist also alles wie gewohnt?

Keineswegs. Der Westen und damit auch die Nato durchlaufen einen raschen Zerfallsprozess. Der »Westen« ist eine regelbasierte internationale Ordnung aus drei miteinander verknüpften Dimensionen: einer normativen Basis – Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Orientierung am Völkerrecht –, einem Wirtschaftsraum mit gemeinsamen Institutionen und einem militärischen Bündnissystem unter dem Nuklear-»Schirm« der USA. Wie der kanadische Ministerpräsident Mark Carney auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos treffend darlegte, war die Realität dieser Ordnung oft weniger ideal als ihre Rhetorik: »Wir wissen, dass die Geschichte von der regelbasierten internationalen Ordnung teilweise falsch war, dass die Stärksten Ausnahmen machten, wenn sie wollten, dass die Handelsregeln asymmetrisch waren. [...] Aber die Fiktion war nützlich«, man konnte gut damit leben. Damit ist es nun vorbei, der »Deal gilt nicht länger«², die Ordnung zerfällt zügig, aber ungleichmäßig. Was bleibt, sind Abhängigkeiten.

Die gemeinsame normative Basis – auch das spiegelte sich in den kulturkämpferischen Tönen der Rubio-Rede – ist jedenfalls zerbrochen: »2025 haben die Vereinigten Staaten aufgehört, eine voll entwickelte Demokratie so wie Kanada,

WOLFGANG ZELLNER,
geb. 1953 in Selb, Dr. phil.,
ist Senior Research Fellow
am Institut für Friedensfor-
schung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg.

1 US Department of War, 2026 National Defense Strategy, Washington, Januar 2026, S. 19 (Übersetzungen durch den Autor).

2 Special address by Mark Carney, Prime Minister of Canada, weforum.org, 20.1.2026.

Deutschland oder sogar Argentinien zu sein.«³ Heute qualifizieren sich die USA allenfalls als defekte Demokratie oder als »kompetitiver Autoritarismus«.⁴ Für die EU und ihr Werteverständnis empfindet die Trump-Regierung nur Verachtung. Die »National Security Strategy« von 2025 sieht »Aktivitäten der Europäischen Union [...], die politische Freiheit und Souveränität unterwandern, Migrationspolitiken, die den Kontinent umgestalten und Unruhe stiften, Zensur freier Rede und Unterdrückung der politischen Opposition [...] Wenn diese Trends weitergehen, wird der Kontinent in 20 Jahren oder weniger nicht mehr zu erkennen sein.«⁵ Ein gemeinsames normatives Verständnis zwischen EU und USA ist derzeit kaum noch möglich.

In ökonomischer Hinsicht ist ein bisher weitgehend verregelter Wirtschaftsraum von offenen oder drohenden Wirtschaftskriegen abgelöst worden. Zölle werden von Präsident Donald Trump nicht nur in Wirtschaftsfragen, sondern auch als politisches Druckmittel eingesetzt, siehe Grönland. Nicht von der Hand zu weisen ist, dass es perspektivisch nicht nur um Handelskriege geht, sondern angesichts der gewaltigen Schulden der USA auch um die »Möglichkeit von Kapitalkriegen«⁶, wie der Hedgefonds-Milliardär Ray Dalio in Davos anmerkte.

Offiziell unterstützen die USA die Nato. Das hindert Trump jedoch nicht, dem Bündnis jeden Wert für die USA abzuspochen. In seiner Davoser Rede sagte er: »Was wir von der Nato bekommen haben, ist nichts, außer Europa vor der Sowjetunion und jetzt vor Russland zu beschützen. Ich meine, wir haben ihnen so viele Jahre ge-

holfen, und wir haben niemals irgendetwas bekommen.«⁷ Das wirft die Frage auf, inwieweit die amerikanische Beistandsverpflichtung im Falle politischer Dissense noch gilt. Trump könnte fragen, so der Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Berthold Kohler: »Was ist euch wichtiger, die Ukraine oder Grönland? Ihm ist auch zuzutrauen, dass er mit dem Abzug

»Trump geht es ausdrücklich um den Besitz Grönlands – ein klarer Fall von territorialem Revisionismus.«

seiner Truppen aus Europa droht oder eines Nachts postet, die erweiterte nukleare Abschreckung gelte nicht mehr für bestimmte unbotmäßige Länder.«⁸ Dies ist akut geworden, seit Trump Anspruch auf Grönland erhebt und zeitweise mit Gewaltanwendung drohte, um die Annexion von Territorium eines Nato-Mitgliedstaates zu erreichen – eine solche Drohung muss jedes »Bündnis« im Kern treffen. Die Gewaltandrohung hat Trump zwar (vorläufig?) wieder zurückgenommen, nicht aber den Anspruch auf Grönland, den der US-Präsident in seiner Davoser Rede obendrein mit der Nato verband: »Und nun bitte ich um ein Stück Eis, kalt und abseits gelegen, das eine vitale Rolle für den Weltfrieden [...] spielen kann. Das ist eine sehr kleine Bitte verglichen mit dem, was wir über viele, viele Jahrzehnte gegeben haben. Aber das Problem

3 Steven Levitsky, Lucan A. Way und Daniel Ziblatt, *The Price of American Authoritarianism. What Can Reverse Democratic Decline?*, in: »Foreign Affairs«, Januar/Februar 2026, S. 32.

4 Ebd., S. 30.

5 National Security Strategy of the United States of America, Washington, November 2025, S. 25.

6 Samuel O'Brient, Billionaire investor Ray Dalio says Trump's policies risk sparking »capital wars«, *businessinsider.com*, 20.1.2026.

7 Special Address by Donald J. Trump, President of the United States of America, *weforum.org*, 21.1.2026.

8 Berthold Kohler, Sonst bleibt Europa erpressbar, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ), 20.1.2026.

mit der Nato ist, wir sind für sie zu 100 Prozent da, ich bin mir aber nicht sicher, dass sie für uns da sind.«⁹ Das zeigt das mit Grönland verbundene Erpressungspotenzial.

Trump geht es ausdrücklich um den Besitz Grönlands. Damit haben wir es hier mit einem klaren Fall von territorialem Revisionismus zu tun, vergleichbar mit Wladimir Putins Anspruch auf die Ukraine. Nach Herfried Münkler gibt es zwei kooperative Ansätze, um mit territorialem Revisionismus umzugehen – »Wohlstandstransfer« und »Appeasement« –, und einen weniger freundlichen, nämlich militärische Abschreckung.¹⁰ Dieser Lesart zufolge müsste Europa, wenn kooperative Ansätze nicht fruchten, die USA mit wirtschaftlichen oder gar militärischen Mitteln davor abschrecken, sich Grönland widerrechtlich anzueignen. Vorschläge in diese Richtung hat es gegeben. So hat der französische Präsident Emmanuel Macron angeregt, die »EU-Bazooka«, ein starkes Instrument handelspolitischer Vergeltung, gegen die USA anzuwenden; Dänemark hat eine Nato-Mission nach Grönland vorgeschlagen. Der entscheidende Schwachpunkt solcher Vorschläge ist, dass sie die gegebenen Kräfteverhältnisse souverän in den Wind schlagen.

Europas Dilemma: seine Abhängigkeit von den USA

Das Dilemma Europas besteht darin, dass es derzeit weder in der Lage ist, aus eigener Kraft die Ukraine ausreichend zu unterstützen noch Russland vor einem weiteren Übergriff auf Europa abzuschrecken. Das gilt nicht nur militärisch, sondern vor allem in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht. Rund zwei Drittel der Geldkartenzahlungen in Europa laufen über die US-Firmen Mastercard und Visa. 80 Prozent der deutschen Unternehmen arbeiten mit US-Digitaltechnologie.¹¹ Das sollte man nicht vergessen, wenn von der Souveränität oder gar Autonomie Europas die Rede ist.

Die harte Realität ist, dass EU-Europa derzeit in allen großen Fragen auf die Unterstützung durch die USA angewiesen ist. Kurzfristig ist dieses Dilemma nicht aufzulösen. Seine Auflösung oder genauer gesagt, Abschwächung kann nur über eine nachhaltige Stärkung Europas gelingen. Ziel kann dabei nicht die Autonomie oder gar Abkoppelung Europas von den USA sein, sondern die relative Verbesserung seiner (Verhandlungs-)Position gegenüber den USA, China und Russland. Dazu muss sich Europa mit anderen Mittelmächten verbünden, die ebenfalls mit den Hegemonialansprüchen der Großmächte zu kämpfen haben. »[D]ie Mittelmächte müssen zusammenarbeiten, denn wenn sie nicht am Tisch sitzen, stehen sie auf der Speisekarte«, so Carney.¹² Das Mercosur-Abkommen, das EU-Freihandelsabkommen mit Indien und die strategische Partnerschaft der EU mit Vietnam sind wichtige Schritte in diese Richtung.

Generell sollten sich die EU-Staaten zum Ziel setzen, ihre Fähigkeiten und Potenziale im kommenden Jahrzehnt substanziell zu stärken, auf militärischem Gebiet wie in ökonomisch-technologischer Hinsicht. Beides bedingt sich, das eine ist ohne das andere nicht dauerhaft zu haben.

9 Trump, Rede in Davos, a.a.O.

10 Herfried Münkler, Von Putin bis Erdoğan: Wie pazifiziert man die Revisionisten? Die Rückkehr der Geopolitik nach Europa, in: »Blätter«, 1/2023, S. 60–74, hier S. 64–68.

11 Vgl. Tom Fairless und Kim Mackrael, Europa Got Tough With Trump, but It Needs the U.S. as Much as Ever, in: »The Wall Street Journal« (WSJ), 27.1.2026.

12 Mark Carney, Rede in Davos, a.a.O.

Das militärische Ziel besteht darin, den Ukrainekrieg zu erträglichen Bedingungen zu beenden und Russland wirksam abzuschrecken. Nato-Europa (plus Kanada) kann das auf konventioneller Ebene allein leisten, schon allein deshalb, weil sein wirtschaftliches Potenzial 13-mal so groß ist wie das der technologisch zurückgebliebenen und wirtschaftlich schwachen Russischen Föderation.¹³ In dieser Hinsicht sind sich die USA und die Europäer einig; die einen, um Lasten abzuwerfen, die anderen, um unabhängiger von einem als wenig verlässlich erachteten Bündnispartner zu werden. Dabei sollten die US-Amerikaner so lange wie möglich in Europa gehalten werden. Gleichzeitig sollte sich Nato-Europa darauf vorbereiten, den Kontinent konventionell auf mittlere Sicht allein verteidigen zu können.

Konventionelle Abschreckung durch Nato-Europa

Die kritischsten Bereiche, in denen Europa militärische Kapazitäten teils neu schaffen, teils erheblich ausbauen muss, sind (mit Fokus auf die Bundeswehr) die folgenden vier: erstens Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten. Derzeit betreibt die Bundeswehr nur wenige Satelliten, das soll sich in Kürze grundlegend ändern. In einem ersten Schritt wird ein Gemeinschaftsunternehmen von Rheinmetall und dem finnischen Satelliten-Spezialisten ICEYE Aufklärungsdaten für die Bundeswehr liefern, die mit allwettertauglichen Satelliten gewonnen werden – mit Fokus auf die Nato-Ostflanke und die Bundeswehr-Brigade in Litauen. Insgesamt will die Bundeswehr in den kommenden Jahren 35 Mrd. Euro für ein Satellitensystem ausgeben.¹⁴ Zu den Perspektiven sagte Generalmajor Armin Fleischmann, Kommandeur der vierten Teilstreitkraft der Bundeswehr »Cyber- und Informationsraum«: »Momentan haben wir gut zehn Satelliten im Orbit. Wenn alles gut läuft, ist es bis 2029 eine dreistellige Anzahl. [...] Nach den USA wären wir führend, was Aufklärung und Kommunikation betrifft.«¹⁵

Zweitens gilt dies für die integrierte Luftabwehr gegen alle Arten bemannter und unbemannter Objekte (Flugzeuge, ballistische Raketen, Cruise Missiles, Drohnen, Artillerie). Luftabwehr ist Nato-Angelegenheit. Bei der Bundeswehr sind folgende Systeme eingeführt: Patriot für die Abwehr von Marschflugkörpern und ballistischen Kurzstreckenraketen auf mittlere und große Distanzen, die IRIS-T-Familie für die Abwehr von Objekten auf kurze und mittlere Reichweiten, Skyranger gegen Drohnen auf kurze Distanzen und neuerdings das israelische Arrow-System gegen »Mittelstreckenwaffen, hypersonische Flugkörper, Marschflugkörper der vierten Generation«.¹⁶ Während Patriot, immer wieder modernisiert, seit den 1980er Jahren in Dienst ist, erhält die Bundeswehr die anderen Systeme gerade erst. Skyranger (Rheinmetall) und IRIS-T (Diehl) sind deutsche Systeme, Patriot stammt aus den USA, Arrows ist eine US-israelische Produktion. Das zeigt, dass die deutsche Rüstungsindustrie bislang nur bei den kürzeren Reichweiten liefern kann.

Drittens gibt es einen Bedarf an Raketen größerer Reichweite. Während die deutsche/europäische Industrie luftgestützte Raketen größerer Reichweite liefern kann

13 Vgl. 2026 US National Defense Strategy, a.a.O., S. 11.

14 Jonas Jansen und Niklas Záboji, Goldgräberstimmung im Satellitenbau, in: FAZ, 27.1.2026.

15 »Nach den USA wären wir bei Aufklärung und Kommunikation führend«, Interview mit Generalmajor Armin Fleischmann, in: »Handelsblatt«, 21.1.2026.

16 Der Raketenschutzschirm für Deutschland und Europa wird Realität, in: »Wehrtechnik«, VIII/2025, S. 7.

- darunter den Taurus, der offiziell 500 Kilometer weit fliegt -, stecken landgestützte Raketenysteme größerer Reichweite noch in der Entwicklung. Die USA planen, bereits ab 2026 Cruise Missiles mit großer Reichweite (Tomahawk) und hypersonische Flugkörper (Dark Eagle) in Europa zu stationieren.

Viertens soll ein Kampfflugzeug der 6. Generation im Rahmen des Future Combat Air System (FCAS) bis 2040 als gemeinsames Projekt von Deutschland, Frankreich und Spanien gebaut werden. Derzeit ist offen, ob daraus angesichts der anhaltenden Kompetenzstreitigkeiten etwas wird. Das Kampfflugzeug ist das komplexeste der genannten Systeme. Hier liegt Europa am weitesten zurück.

Alle anderen Bereiche beherrscht Europa, diese müssen »nur« quantitativ ausgebaut werden, dies allerdings ganz erheblich. Wenn die Wehrpflicht dazu nötig ist, muss sie eingeführt werden. Der Fokus auf multinationale Verbände fördert den Zusammenhalt. Beim Aufbau europäischer Militärpotenziale sollten sich die Staaten aus drei Gründen auf die Übernahme von Nato-Strukturen inklusive von Kommandos und nicht auf den Aufbau neuer EU-Strukturen konzentrieren: erstens, um die USA so lange wie möglich im Bündnis zu halten, zweitens, um Kanada und das Vereinigte Königreich einzubeziehen, und drittens, um die erhebliche Nato-Infrastruktur zu übernehmen.

Europas Verteidigung bedarf auch einer eigenen nuklearen Abschreckung, da die US-Nukleargarantie unzuverlässig geworden ist. Eine deutsche Atomwaffe verbietet sich nicht nur aus historischen Gründen, sondern auch wegen des Nichtverbreitungs- und des Zwei-plus-Vier-Vertrages, beide schließen eine solche Bewaffnung der Bundesrepublik aus. Eine Revision dieser Verträge wäre ein verheerendes Signal seitens eines Staates, der nach wie vor eine normbasierte internationale Ordnung anstrebt. Auch eine Abstützung auf britische Atomwaffen ist schwierig, da deren Verquickung mit den USA - im Grunde ein Leasing - sehr eng ist. Bleibt das französische Nuklearpotenzial. Deutschland sollte anstreben, dass Frankreich Europa eine nukleare Minimalabschreckung zur Verfügung stellt, entsprechende Gesprächsangebote aus Paris sollten endlich wahrgenommen werden. Sollte es zu einer Stärkung der europäischen Nuklearabschreckung kommen, so stünden die europäischen Staaten allerdings in weit größerer Verantwortung als bisher, zusammen mit den USA, Russland und China einen Folgevertrag für das eben ausgelaufene START-II-Abkommen zur Beschränkung der strategischen Nuklearwaffen zu erreichen.

Erforderlich sind mehr Wachstum und Produktivität

Das wirtschaftliche Ziel muss es sein, in der EU wieder Wachstumsraten und Produktivitätszuwächse zu erzielen, die es erlauben, die drei Grundziele der Union - Wohlfahrt, Umwelt und Sicherheit - gleichermaßen zu erreichen. Dazu ist nichts weniger vonnöten, als den Trend der vergangenen Jahrzehnte umzukehren. Von 1980 bis 2025 hat sich der Anteil der EU-27 an der Weltwirtschaft von 27,5 auf 14 Prozent fast halbiert.¹⁷ Die Differenz zwischen den Anteilen der USA und der EU am globalen Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 2002 und 2023 auf zwölf Prozentpunkte gestiegen.¹⁸

17 Global gross domestic product share of the European Union (EU-27) based on purchasing power parity from 1980 to 2030, statista.com.

18 The future of European competitiveness, Part A, A competitiveness strategy for Europe, Luxemburg, September 2024 [Draghi Report], S. 12.

Dies ist im Wesentlichen auf die geringere Arbeitsproduktivität in der EU zurückzuführen, diese erreichte 1995 etwa 95 Prozent des US-Wertes, um im Folgenden auf unter 80 Prozent zurückzufallen. Dieser Rückgang resultiert nahezu vollständig aus der schwachen Position der EU in der Digitalindustrie. Nur vier der 50 besten Technologiefirmen der Welt kommen aus der EU, der Anteil der EU am globalen Technologieumsatz ist zwischen 2013 und 2023 von 22 auf 18 Prozent gefallen, während der der USA von 30 auf 38 Prozent gestiegen ist.¹⁹ Ein Grund dafür ist, dass sich die US-Forschungsinvestitionen ab den 2000er Jahren auf den Digitalbereich verlagert haben,

während sie sich in der EU immer noch auf den Automobilsektor konzentrieren. »Der daraus resultierende Zyklus aus geringer industrieller Dynamik, niedrigen Investitionen und geringem Produktivitätswachstum in Europa wurde die »Falle der mittleren Technologie« genannt.«²⁰

Untersucht man den EU-Innovationszyklus, trifft man auf Hindernisse in jeder Phase. Das fängt damit an, dass Europa im Vergleich zu China und den USA über zu wenige exzellente Forschungseinrichtungen

»Ohne mehr Wachstum wird Europa weder seinen Wohlstand bewahren noch die ökologische Transformation bewältigen noch Russland abschrecken können.«

verfügt, die zudem zu wenige Expertinnen und Experten ausbilden. Weiterhin ist die öffentliche Forschungsförderung zu gering, zu wenig auf echte Innovationen orientiert und der Zugang ist »exzessiv komplex und bürokratisch«. Werden Start-ups gegründet, erschwert ihnen die Fragmentierung des Binnenmarktes Finanzierung und Wachstum und machen ihnen unnötige nationale und EU-Regulierungen das Leben schwer. Im Ergebnis wandern viele Unicorns – Start-ups mit einem Wert über einer Milliarde Euro – in die USA ab.²¹

Mit der Wettbewerbsfähigkeit der EU befasste sich am 12. Februar ein EU-Sondergipfel. Dazu legten Deutschland und Italien ein gemeinsames Papier vor. »Von einer Vertiefung des Binnenmarktes« und dem »Abbau von Handelsbarrieren in strategisch wichtigen Bereichen wie Dienstleistungen, Energie, Kapitalmärkte sowie im Digital- und Kommunikationssektor« erhoffen sich die beiden Staaten einen »Wachstumsschub von zwei bis drei Prozent«.²² Genau das wäre erforderlich, um der Falle der mittleren Technologie zu entkommen. Dabei muss klar sein, dass dies »eine existenzielle Herausforderung«²³ ist, die alle anderen Fragen bedingt. Ohne mehr Wachstum und Produktivität wird Europa auf Dauer weder seinen Wohlstand bewahren noch die ökologische Transformation bewerkstelligen noch Russland abschrecken können, geschweige denn all dies zusammen. Bei alldem geht es um viel – nämlich um die Frage, ob Europa seine Souveränität bewahren kann oder ob es zum Spielball der Großmächte wird. ◻

19 Vgl. ebd., S. 14, 23 und 27.

20 Ebd., S. 28.

21 Vgl. ebd., S. 28–30.

22 Deutschland und Italien legen Vorschläge für EU-Wettbewerbsgipfel vor, eu-info.de, 21.1.2026.

23 Draghi Report 2024, a.a.O., S. 5.